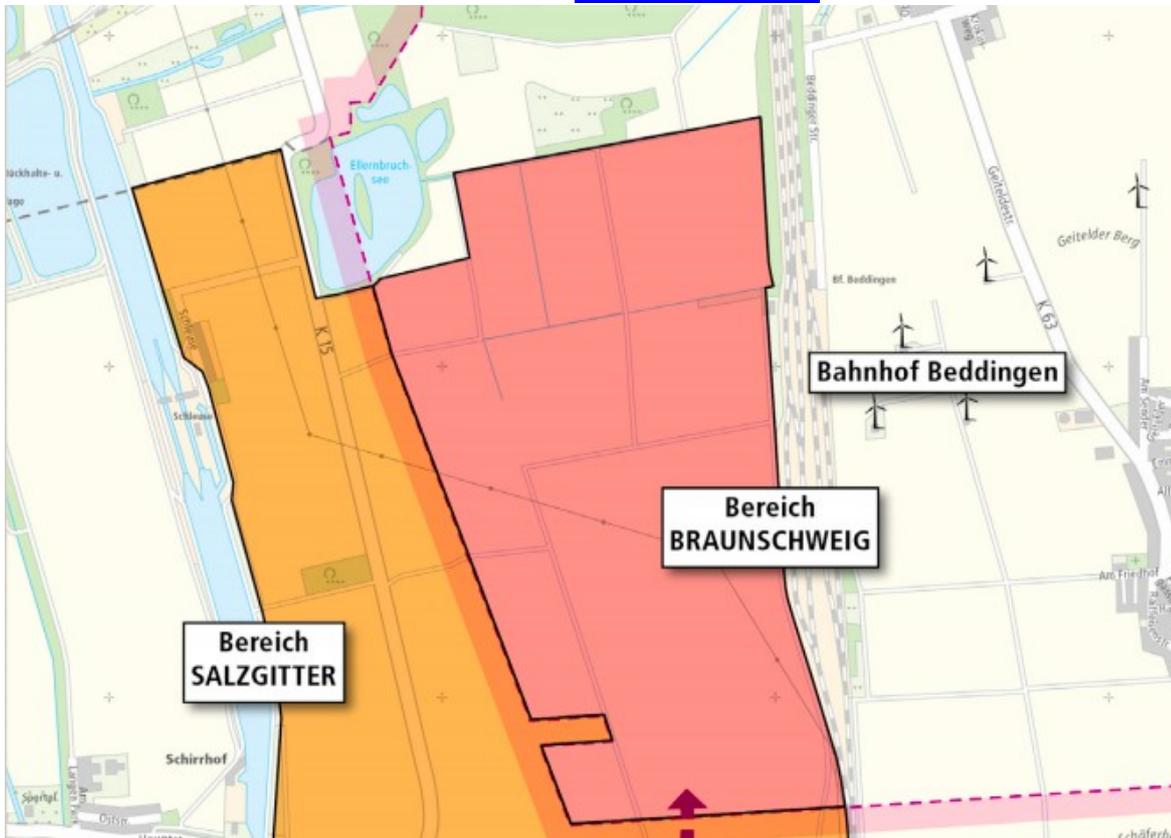


Interkommunales Gewerbegebiet: Es geht um die Zukunft



Das interkommunale Gewerbegebiet ist noch immer umstritten. Karte: Stadt Braunschweig, Stadt Salzgitter; Fotos: Alexander Panknin

Braunschweig. Am heutigen Dienstag fanden sich die Stadtbezirksräte Rünigen, Broitzem und Timmerlah-Geitelde-Stiddien zu einer gemeinsamen Sondersitzung zusammen. Es ging um das geplante interkommunale Gewerbegebiet zwischen Braunschweig und Salzgitter. Zusammen mit Vertretern der Stadt wurde über das Zwischenergebnis der Machbarkeitsstudie gesprochen.

Zu der Studie wurde die Verwaltung mit Beschluss des Rates beauftragt. Es sollen unterschiedliche Faktoren geprüft werden, die bei der Entscheidung helfen, ob das Riesenprojekt in die Planphase übergehen kann.

Warum ein interkommunales Gewerbegebiet?

Stadtbaurat Heinz-Georg Leuer erklärte in diesem Zusammenhang, dass es aktuell nur um die Entscheidung ginge, ob die Verwaltung mit der Machbarkeitsstudie fortfahren soll. Ein erstes Zwischenergebnis sei bereits veröffentlicht worden. Er betonte allerdings, dass die Plan- oder gar Umsetzungsphase noch lange nicht begonnen hätte. Das interkommunale Gewerbegebiet sei ein Projekt für die Zukunft. Es ginge vor allem darum, die nachfolgende Generation zu stärken und Arbeitsplätze zu schaffen.



Hierfür sei es unabdingbar, dass auch Braunschweig mit der Zeit gehen würde. Dies hieße auch Gewerbegebiete zu schaffen, die zeitgemäß sind. Das geplante Gebiet würde hervorragende Voraussetzungen dafür bereithalten. Die Anbindung an Autobahn, Wasser und Bahn sei ein wichtiger Standortfaktor. Bislang könne man nur auf wenig Bestandsfläche zurückgreifen – diese sei allerdings umbaut. Ein 24/7-Betrieb, wie er von vielen Gewerken angestrebt wird, ist hier gar nicht erst möglich. Bislang könne man nur hochrechnen, aber es ginge hier um viele Tausend Arbeitsplätze.

Mehrere Jahrzehnte Arbeit

Das Gebiet selbst soll nach aktuellem Stand in drei, statt wie ursprünglich geplant vier, Abschnitten erschlossen werden. Mit Bau, Anbindung und Vermarktung der Flächen, spreche man hier von einem Plan für die nächsten Jahrzehnte. Diese modulare Arbeitsweise hätte den Vorteil, auf alle Eventualitäten reagieren zu können.

Die Stadt versuchte mit ihren ausführlichen Erläuterungen der bisherigen Ergebnisse offensichtlich weiter ein Zeichen in Sachen Bürgerbeteiligung zu setzen. Dies war in der Vergangenheit der größte Kritikpunkt der betroffenen Bürger. Diese waren während der Sitzung ebenfalls zahlreich vertreten und hatten im Anschluss Zeit, Fragen zu stellen. Glücklicherweise schienen sie über die Pläne nach wie vor nicht zu sein.

Die Zuschauer ließen sich durch die Ausführung der Verwaltung nicht begeistern. Dies bewiesen mehrere Wortmeldungen.



Ein Ortsrat war sich uneinig.

Wie sehen es die Räte?

Bei der abschließenden Abstimmung zeigte sich allerdings auch innerhalb der Stadtbezirksräte Uneinigkeit. Während Rüningen die Fortsetzung der Studie relativ nüchtern durchwinkte, gab es in Broitzem schon eine Gegenstimme. In Timmerlah-Geitelde-Stiddien teilte sich das Lager sogar hälftig und es gab keine Empfehlung für die Vorlage.

